Berlin.
Freitag, 15. Mai.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 224.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 ℛ 20 Sgr., für ganz Preußen 2 ℛ 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 ℛ 21½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten u. Novbr. an; f. Berlin d. Exped. Kinderstr. 51.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Herrenhauses; zum deutsch-dänischen Streit. Bremen: die neuesten Wahlen.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Pesth: die Kaiserfahrt. Wien: neue Gnadenakte; die europäische Donau-Kommission.
Schweiz: die neuenburger Angelegenheit.
Frankreich. Paris: Prinz Napoleon; das Bankprojekt; Tagesbericht.
Großbritannien. London: Parlamentsverhandlungen; vom Hofe; Franklin-Expedition.
Schweden und Norwegen. Christiania: der Vizekönig; das Konstitutionsfest.
Dänemark. Kopenhagen: Rekonstruirung des Kabinets.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

* **Berlin**, 15. Mai. Bekanntlich hat das Herrenhaus in der letzten Zeit in geheimer Sitzung über ein von dem Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Herrenhauses, den Prinzen zu Hohenlohe, gerichtetes Schreiben verhandelt. Die „Zeit" giebt jetzt, da über den Inhalt dieses Schreibens „nicht vollkommen korrecte" Angaben gemacht seien, den Wortlaut dieses vom 28. April c. datirten Schriftstückes, wie folgt:

Ew. Durchlaucht haben die Gewogenheit, mich durch das geehrte Schreiben von heute zu benachrichtigen:

„daß die Zahl der Mitglieder des Herrenhauses, welche ihre erfolgte oder bevorstehende Abreise von hier anzeigen, in einem so bedenklichen Maße zu wachsen beginne, daß die Vermuthung nahe liege, das Herrenhaus werde vom 2. k. Mts. ab nicht mehr beschlußfähig sein."

Ew. Durchlaucht fügen den Ausdruck des tiefsten Bedauerns hinzu, daß es Hochdenselben nicht gelinge, die Herren hier festzuhalten, da den Aufforderungen hierzu die Bemerkung entgegengesetzt werde, daß, wenn die Königliche Staats-Regierung ihrer Zusicherung gemäß die Vorlagen auf beide Häuser gleichmäßig vertheilt hätte, eine so lange Sitzung gar nicht erforderlich gewesen sein würde. Ew. Durchlaucht bemerken ferner, daß die einzige Aussicht, welche bliebe, die zweifelhaft werdende Beschlußfähigkeit zu erhalten, darin bestehe, daß eine Aufforderung zur Rückkehr an die bereits abwesenden Herren erlassen werde. Eine solche Aufforderung würde aber dessen voraussetzen, daß die Sitzungen noch längere Zeit dauerten, und Ew. Durchlaucht würden vielleicht nur auf den ausdrücklich von mir auszusprechenden Wunsch erlassen können. Die hieraus schließlich von mir gewünschte Aeußerung erlaube ich mir in Nachstehendem ganz ergebenst abzugeben: Wenn zunächst von einigen Seiten der Versuch gemacht zu werden scheint, der Regierung wegen des nicht gleichmäßigen Vertheilung der Vorlagen an die beiden Häuser die Verantwortlichkeit für die längere Dauer der Landtagssitzung und das dadurch veranlaßte Abreisen der Mitglieder des Herrenhauses aufzuerlegen, so muß ich eine solche Verantwortlichkeit ganz ergebenst ablehnen.

Eine ganz gleichmäßige Vertheilung der Vorlagen ist mit Rücksicht auf das 3. Alinea des Artikel 62 der Verfassung an sich nicht wohl möglich. Außerdem mußte das wichtige Ehescheidungsgesetz, welches wesentlich nach früheren Beschlüssen des Herrenhauses redigirt worden, gerade um deshalb zunächst dem Hause der Abgeordneten vorgelegt werden. Es ist wohl nicht abzusehen, wie die Sitzung des Landtages dadurch hätte abgekürzt werden können, daß dieser Gesetzentwurf zuerst in dem Herrenhause diskutirt und dann das Abgeordnetenhaus gebracht worden wäre, während bei dem bestehenden Verfahren die Diskussion im Herrenhause ganz überflüssig geworden ist. Im Uebrigen ist es das Bestreben der Regierung gewesen, die Vorlagen möglichst gleichmäßig zu vertheilen, wie denn auch deren mehrere sogar gleichzeitig in beide Häuser eingebracht worden sind.

Ew. Durchlaucht bestes Bedauern bezüglich einer eventuellen Beschlußunfähigkeit des Herrenhauses würde ich vollständig theilen, wenn ich mich für berufen hielte, über die vorausgesetzte Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit mir auch nur eine Meinung zu bilden, und nicht vielmehr annehmen müßte, daß die Herren, welche im Staate durch Seine Majestät so wichtige Rechte erhalten haben und ausüben, gewiß auch bereit sein würden, die damit verbundenen Pflichten zu erfüllen. Dieser Grund muß mich auch abhalten, einen ausdrücklichen Wunsch Namens der Regierung dahin auszusprechen, daß Ew. Durchlaucht durch Aufforderung der bereits abwesenden Herren zur Rückkehr die Beschlußfähigkeit des Herrenhauses erhalten.

Es würde in der Stellung eines solchen Verlangens das Bekenntniß zu einem Zweifel liegen, den ich mir fern halten muß. Sollte zu einem solchen, worüber ich mich jedoch jedes Urtheils enthalte, wirklich Veranlassung sein, so dürften die diesfälligen Erwägungen und Entschließungen lediglich dem Herrenhause selbst und insbesondere dessen Präsidium gebühren.

Dagegen nehme ich keinen Anstand, mich Namens der Regierung dahin auszusprechen, daß dieselbe, weit entfernt, eine unnöthige Verlängerung der Landtagssitzung veranlassen zu wollen, dennoch sich zu der Erwartung berechtigt hält, daß die dem Landtage noch vorliegenden Geschäfte und namentlich die einige Veränderungen der Gewerbesteuerverfassung und die Besteuerung der Aktiengesellschaften betreffenden Gesetze ihre definitive Erledigung finden.

In wie langer oder kurzer Frist dieses Ziel zu erreichen sein möchte, hängt bekanntlich nicht von der Regierung ab.

Dem Landtage noch neue Vorlagen zu machen, liegt nicht in der Absicht der Regierung.

Ew. Durchlaucht stelle ich hiernach das etwa weiter zu veranlassende lediglich ganz ergebenst anheim.

(gez.) v. Manteuffel.

— Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die Antwort auf die Forderungen der deutschen Großmächte am 13. abgegangen sei. Die „Frankf. Postzeitung" kann außerdem „aus zuverlässiger Quelle" die Mittheilung machen, daß der Nachricht über die vorläufige Rekonstruirung des dänischen Ministeriums die Kunde auf dem Fuße gefolgt sei, welche dahin geht, daß der dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Wien und Berlin die Bereitschaft des Kopenhagener angezeigt hat, den Forderungen Oesterreichs und Preußens in Beziehung auf Holstein-Lauenburg Genüge zu leisten."

* **Bremen**, 14. Mai. Die beiden durch den Tod der Herren Dr. Meier und Smidt erledigten Bürgermeisterstellen sind nun durch die Wahl der Senatoren Mohr und Duckwitz wieder besetzt. Die Wahl des Letztgenannten zum Bürgermeister darf für eben so glücklich gelten, wie die des Dr. O. Gildemeister zum Senator, denn Duckwitz hat sich als deutscher Reichsminister durch Thätigkeit und Tüchtigkeit ausgezeichnet. Der Bremer Senat gewinnt an ihm eine seltene Arbeitskraft, die sich, im Besitze des höchsten bürgerlichen Ehrenamtes, jetzt freier entfalten kann, als es bisher der Fall gewesen.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

⊙ **Pesth**, 12. Mai. Der Kaiser ist nach Wien gereist, wird aber schon heute vor Mitternacht hier zurückerwartet, um morgen die Reise nach Jászberény im Lande der reitkundigen und kriegslustigen Jazygen anzutreten. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß die amtlichen Blätter die Kunde von großen Geldanweisungen zu gemeinnützigen Zwecken, von der Gründung derartiger Institute ꝛc. allesammt für das Land bestimmt, bringen. Ein Theil des Adels hat seine zurückgezogene Haltung dessenungeachtet nicht aufgegeben; dies gilt wohl ins Besondern von dessen mittlern Schichten. Denn die höchsten so wie die unterste — der zahlreiche Bauernadel — stehen vorwiegend auf Seite der Regierung. Wie man versichert, ginge eine Anzahl Magnaten mit dem Gedanken um, dem Kaiser ein Memoire zu überreichen, worin um Rehabilitirung der ungarischen Sprache, um Wiedererstattung der Wojwodschaft, um Verbesserung des Systems der direkten Steuern, um Rehabilitirung der Munizipien der Komitate und Städte gebeten werden soll. Nach einer andern Version wäre diese Petition gestern in einer Audienz überreicht worden. Möglich, daß man die Absicht mit der Handlung selbst verwechselt. (s. unten) Wie dem auch sei, es ist nicht vorauszusetzen, daß die österreichische Regierung, welche dem Einheitsgedanken bis jetzt so große Opfer brachte und zu dessen Förderung in Ungarn auch Beachtenswerthes leistete, z. B. die Aufhebung des Unterthänigkeitsverhältnisses, der Zwischenzollinie, die Durchführung des Grundsatzes der gleichen Gerechtigkeit für Alle u. m. a., den separatistischen Tendenzen nachgehen werde. Andererseits muß man erwarten, daß sie billigen Wünschen Genüge leisten, z. B. den Mängeln der Steuerbemessung, so weit sie begründet sind, abhelfen werde. Wird sie überdies von der Absicht geleitet, der politischen Entwickelung des Gesammtstaates in freisinniger Richtung nach Maßgabe des sich äußernden Bedürfnisses kein Hemmniß in den Weg zu legen, dann braucht sie auch den separatistischen Richtungen kein zu großes Gewicht beizulegen. Der gestern von der Pesther Kommune veranstaltete Bürgerball war sehr glänzend ausgestattet; das Kaiserpaar besuchte ihn. Die Magnaten, dem deutschen Theater überhaupt nicht geneigt, erschienen nur in sehr kleiner Zahl, ungeachtet des Anlasses, welcher sie hätte bestimmen können, eine Ausnahme zu machen.

⊙ **Pesth**, 13. Mai. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Nachricht mittheilen, daß die vielbesprochene, von 137 Personen distinguirten Standes unterzeichnete Petition dem Kaiser zur Zeit nicht eingehändigt worden ist. Es mag sein, daß absichtlich die Gelegenheit hierzu vermieden wurde und daß die Petenten sich vielleicht selbst veranlaßt finden werden, einen weiteren Schritt, der bei der feststehenden Ansicht der Regierung kaum auf Erfolg rechnen dürfte, zu unterlassen. Der Kaiser hat Ofen-Pesth heute noch nicht verlassen, obwohl er in dieser Nacht bereits hierher zurückkehrte. Die kleine Erzherzogin Gisella leidet ein wenig am Zahnfieber. Morgen früh soll die Weiterreise definitiv stattfinden. Die Fahne auf der Königsburg zu Ofen ist einstweilen eingezogen worden, zum Zeichen, daß der Monarch hier nur noch privatim durch den Drang der Umstände zufällig zurückgehalten verweile.

Nachschrift. Eben höre ich, daß die Erzherzogin Gisella ernstlich erkrankt, daher die Kaiserfahrt im Lande um volle zehn Tage verschoben worden ist. Stattfinden wird sie wohl unzweifelhaft, da der Zustand der kleinen Kranken wenigstens kein Besorgniß erregender sein soll.

* **Wien**, 14. Mai. In zwei an den Erzherzog General-Gouverneur von Ungarn gerichteten kaiserlichen Handschreiben werden neue Gnadenakte verkündet. In dem ersten erklärt der Kaiser „seine älteren Vorschüsse, welche in Meinem Königreiche Ungarn den Komitaten, Distrikten und Gemeinden zur Unterstützung für Nothleidende, oder zur Erleichterung der Militär-Prästationen von älterer Zeit bis einschließlich dem Jahre 1849 aus den Staatskassen gegeben worden sind und dieselbst noch aushaften, denselben gegen Erhebung allfälliger auf diese Prästationen Bezug nehmenden Gegenforderungen." In dem zweiten Handschreiben wird „von den bis Ende Oktober 1849 in Meinem Königreiche Ungarn verbliebenen Rückständen an der bis dahin bestandenen Kriegssteuer die Abschreibung jener Beträge verordnet, welche nach Abschlag der hierauf seither geleisteten Abstattungen oder Einrechnungen, mit dem Zeitpunkte des Abschlusses der Militär-Kompatabrechnungen als ein Rückstand, beziehungsweise Forderung des Aerars an der genannten Steuer sich herausstellen; — zu deren Einzahlung somit die betreffenden Leistungs-Verpflichteten nicht mehr verhalten werden sollen, — wogegen das Aerar auch keinen Rückersatz zu leisten haben wird, wenn die seither auf die Kriegssteuer-Schuldigkeit abgestatteten Summen nicht aus den hierauf eingehobenen Beträgen, sondern aus andern Mitteln vorschußweise bestritten worden wären." Ferner hat der Kaiser mittelst Entschließung vom 27. April l. J. den politischen Flüchtlingen Johann Alexander Fredro, Heinrich Lang, Peter Kölcsey, Ludwig Balogh, August Kosztolanyi und Joseph Halasz die straffreie Rückkehr in die kaiserlichen Staaten gestattet. — Die „Allg. Ztg." vermißt „von unterrichteter Seite," daß schon für die nächste Zeit die Rückgabe der konfiszirten Güter der ungarischen Insurgenten in Aussicht steht. Bekanntlich wurde bereits vor geraumer Zeit aus Anlaß eines freudigen Ereignisses ein ähnlicher Gnadenakt, nur in unvollkommener Ausdehnung erlassen; die Summe des Werthes der noch nicht herausgegebenen Güter beträgt dem Vernehmen nach 14 Mill. Gulden. — Die Mitglieder der europäischen Donau-Kommission in Galatz, Regierungsrath Bitter für Preußen, Baron Offenberg für Rußland und Hr. v. Engelhardt für Frankreich, sind am 9. von Pesth, wo sie aus Anlaß der Anwesenheit des Kaiserpaars einige Tage verweilten, hier angekommen. Zweck ihrer Anwesenheit in Wien ist die Bestellung von Maschinen für die in Galatz zu errichtenden Werkstätten für Instandhaltung und Ausbesserung der Baggerschiffe. Sie werden zu diesen Ende hiesige Maschinenbau-Etablissements besuchen, und voraussichtlich daselbst ihre Bestellungen machen. — Die Herzogin von Orleans, der Graf von Paris und der Herzog von Chartres sind am 11. in Verona eingetroffen.

Schweiz.

*gg **Aus der Schweiz**, 13. Mai. Wie der „Bund" erfährt, glaubt man in Paris, die Schlußsitzung der Neuenburger Konferenzen werde noch diese Woche stattfinden können, obwohl von Preußen bis jetzt noch keine endgültige Rückäußerung über den Vergleichsvorschlag eingetroffen sei. Die „Bern. Ztg." schreibt: „Näheres über preußische Gegenforderungen kann Hr. Kern noch immer nicht berichten. Bestimmt ist nur, daß Preußen bis jetzt die Annahme des Vergleichsprojektes verweigert; doch scheint man in Paris zu glauben, es werde dies nicht sein letztes Wort sein. Auf Abänderungen des Projektes einzugehen, scheint die Konferenz noch nicht besonders geneigt zu sein; ob jedoch dieser Widerstand andauert, müssen wir abwarten." — Die „Revue de Genève" erörtert ausführlich, daß mehrere Punkte des Vertrags Eingriffe in die Bundesverfassung enthielten und deswegen nicht die Bundesversammlung, sondern nur das Volk befugt sei, über denselben zu entscheiden.

General Dufour und Oberst Frei-Herose haben dem Bundesrath ihren Bericht über die Truppenaufstellung des Winters eingereicht; derselbe wird gedruckt werden. — Der Bundesrath hat sich gestern in Folge eines Beschlusses der Bundesversammlung mit der Reorganisation der Spezialwaffe der Kavallerie beschäftigt. Auf den Vorschlag des Militärdepartements ist ein Gesetzesentwurf zur Vorlage an die Bundesversammlung genehmigt worden, durch welchen die Eintheilung in Auszug und Reserve für die Kavallerie aufgehoben, dagegen die Dienstzeit für Unteroffiziere und Soldaten dieser Waffe auf 10, für die Offiziere auf 12 Jahre festgesetzt werden soll.

Frankreich.

△△ **Paris**, 13. Mai. Es stellt sich jetzt mehr und mehr heraus, daß die Gerüchte, welche die Reise des Prinzen Napoleon mit einem Heirathsprojekt in Verbindung brachten, ungegründet waren. Dagegen erhält sich das Gerücht, nach welchem die geringe Vorliebe des Prinzen für die russische Allianz, ein Gefühl, welches derselbe bisher nur sehr wenig zu verbergen strebte, es wünschenswerth erscheinen ließ, daß er in diesem Augenblick Paris verließ. Was hieran ist, wird sich erst dann ermessen lassen, wenn sich herausstellen wird, ob der Prinz den Besuch des Großfürsten Konstantin in Petersburg erwidert oder nicht. Die gute Aufnahme, deren sich der Prinz am Berliner Hofe zu erfreuen gehabt hat, ist hier sehr lebhaft empfunden worden und in den Hoftreisen stellt man diese Aufnahme natürlich auf Rechnung der umsichtigen Politik Napoleons III. Von einer Reise des Kaisers nach Berlin hört man hier für den Augenblick nichts Näheres. — Das Bankprojekt ist in der politischen wie in der kommerziellen Welt Gegenstand einer sehr lebhaften Kritik. Fast sämmtliche Notabilitäten der Schule der Oekonomisten tadeln den Entwurf als den gesunden nationalökonomischen Grundsätzen widersprechend; die Kaufleute eifern nicht minder dagegen, weil sie finden, daß derselbe nur für den Staat und für die Bank vortheilhaft ist. Der Staat nimmt den Löwenantheil, die Bank den Rest und die Beziehungen zur Geschäftswelt bleiben die alten. — Der gesetzgebende Körper beginnt morgen die Berathung des Budgets. Man erwartet eine sehr lebhafte Debatte, die aber an dem Budget selbst schwerlich etwas ändern wird, und zwar um so weniger, als der Staatsrath darum bereits vielfach gefeilt hat.

△△ **Paris**, 13. Mai. Die Neuenburger Verhandlungen stehen still und sind auch schwerlich einer neuen Entwickelung fähig, so daß man wenigstens der tröstlichen Ueberzeugung lebt, die nächste Konferenzsitzung werde die letzte sein, es mag nun das Schlußprotokoll wirklich ein positives Ergebniß liefern oder nicht. Graf Walewski soll diese Sitzung für die ersten Tage der nächsten Woche in Aussicht stellen. — Nach dem „Moniteur de la Flotte" geht die „Andacieuse" mit Baron Gros an Bord übermorgen von Toulon nach China ab. Lord Elgin reiste bereits am 5. mit dem französischen Postdampfer „Caradoc" von Malta nach Alexandrien ab und wird in Suez den „Ava" finden, der ihn nach Singapore bringt; dort wird er den chinesischen Kommissär erwarten. Herr v. Courcy, französischer Geschäftsträger in China hatte sogleich nach der Hinrichtung des französischen Missionärs, Abbé Chapdelaine, von der chinesischen Regierung Genugthuung für diese Verletzung der Verträge verlangt. Als diese Forderung während mehrerer Monate ohne Erwiderung blieb, wurde sie von Herrn de Courcy energisch erneuert. Man erfährt nun, daß der Hof von Peking endlich auf diese Forderung in einer Weise geantwortet hat, welche die Bahn für Unterhandlungen mit Frankreich eröffnet. Die päpstliche Regierung legt die lebhafteste Theilnahme für den weiteren Verlauf der chinesischen Verwickelung an den Tag und hofft endlich dort zu einer umfassenden Propaganda zu gelangen. Dieser Hebel ist hier von nicht geringem Gewicht und fällt für die Absichten Frankreichs ungefähr mit demselben Gewicht in die Wagschaale, wie für England die Opiumfrage. — Die letzten Depeschen des französischen Geschäftsträgers in Teheran schreiben, wie man versichert, vom persischen Hofe fortwährend friedfertige Gesinnungen zu; Nezimen Khan war mit dem Vertrage indessen noch nicht angekommen. — Der spanische Infant Don Enrique ist Sonnabend Morgen in Bayonne angekommen; sobald er von einem Unwohlsein hergestellt ist, wird er seine Reise nach Bordeaux fortsetzen, wo ihm bekanntlich eine Art von Exil vorbehalten ist.

Die gestrige Hetzjagd in Fontainebleau verlief ergebnißlos. Der Hirsch entkam den 150 Hunden, die man auf ihn gehetzt hatte. Die große Hitze war hauptsächlich Schuld an diesem Mißgeschick. Nur die Kaiserin, von dem Großfürsten Konstantin und dem Prinzen von Nassau gefolgt, verfolgte die Spur des Hirsches, so lange noch einige Hoffnung dawar, ihn zu ereilen. Nach dem gestrigen Diner war Ball im Schlosse von Fontainebleau. Am heutigen Abende geben die Schauspieler des Théâtre français eine Vorstellung im neuen Theatersaale, den sie einweihen werden. Heute fanden auch Promenaden zu Pferde im Walde statt. Am Karpfen-Teiche angekommen, bestieg die ganze Gesellschaft Kähne zu einer Lustfahrt. Das Schloß und die ganze Gesellschaft bieten Abends, wie man von dort schreibt, einen festlichen Anblick dar. Ludwig XV. und sein Hof würden dort wenig Veränderung finden, wenn sie ihren Grabern entsteigen könnten. — Der Großfürst hat für die zwei oder drei Tage, die er vor seiner Abreise in Paris zubringen wird, Zimmer im Hotel du Louvre miethen lassen. — Aus Marseille wird gemeldet, daß der König Max von Baiern heute Nachmittag 2 Uhr an Bord einer neapolitanischen Fregatte dort eintraf. Der Adjutant des Königs von Neapel, General Roberti, begleitet den König, welcher das strengste Inkognito beobachtet. Die Fregatte sollte morgen den marseiller Hafen wieder verlassen.

Unter den vielen wichtigen Arbeiten, die dem gesetzgebenden Körper vor Schluß der Session noch zur raschen Entscheidung vorliegen, ist der Entwurf über Verschmelzung der großen Centralbahnen und der Lyoner mit der Mittelmeerbahn eine der bemerkenswerthesten. Diese Verschmelzung wird aus sechs Gesellschaften (1. der großen Central-, 2. der Bahn von Orleans, 3. der Paris-Lyoner, 4. der Lyon-Genfer, 5. der Lyon-Mittelmeerbahn und 6. der Bahn von Orsay) zwei machen, so daß die französischen Bahnen in Zukunft unter nur acht Gesellschaften vereinigt sind. Uebrigens wird es bei dieser ersten Verschmelzung noch nicht bleiben, da schon lebhaft davon gesprochen wird, jene acht Gesellschaften auf vier zu reduziren: die Nord-, Süd-, Ost- und Westbahn-Gesellschaft. Man betrachtet den Fortschritt von der Acht- zur Vierzahl als das Werk schon der nächsten Jahre. — Die Regierung hat heute dem gesetzgebenden Körper eine Mittheilung Behufs Abänderung des bemerkenswerthesten. Dieses Verschmelzung wird aus sechs Gesellschaften (1. der großen Central-, 2. der Bahn von Orleans, 3. der Paris-Lyoner, 4. der Lyon-Genfer, 5. der Lyon-Mittelmeerbahn und 6. der Bahn von Orsay) zwei machen, so daß die französischen Bahnen in Zukunft unter nur acht Gesellschaften vereinigt sind. Uebrigens wird es bei dieser ersten Verschmelzung noch nicht bleiben, da schon lebhaft davon gesprochen wird, jene acht Gesellschaften auf vier zu reduziren: die Nord-, Süd-, Ost- und Westbahn-Gesellschaft. Man betrachtet den Fortschritt von der Acht- zur Vierzahl als das Werk schon der nächsten Jahre. — Die Regierung hat heute dem gesetzgebenden Körper eine Mittheilung Behufs Abänderung des Art. 1 des organischen Dekrets vom 2. Februar 1852 über die Wahlen zum gesetzgebenden Körper eingereicht. — Dem Vernehmen nach wird sofort nach der Annahme des Gesetz-Entwurfes über die Verlängerung des Bank-Privilegiums der Verwaltungsrath dieser großen Kredit-Anstalt verändert werden. Graf d'Argout als Bank-Gouverneur abdanken, und mehrere Finanzgrößen, wie James Rothschild, Emil Pereire, Bartholony, der frühere Minister Dumon und Andre sollen zu Bank-Direktoren ernannt werden.